

# Branchenmindestlöhne: Unübersichtlicher Flickenteppich

**In Deutschland gibt es immer noch keinen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn – trotz vorhandener parlamentarischer Mehrheit. Die SPD hat Initiativen der LINKEN regelmäßig scheitern lassen. Ihr ist die Koalitionstreue wichtiger als gute Löhne für Millionen Beschäftigte.**

Bisher hat sich die große Koalition lediglich auf einige wenige Branchenmindestlöhne verständigen können. Aktuell gelten folgende Mindestlöhne (auf Grundlage einer Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen nach dem Arbeitnehmerentendengesetz):

Branche	Mindestlohn (Stand 09/2009)
Bauhauptgewerbe	10,80 Euro West 9,25 Euro Ost
Briefdienstleistungen	9,80 Euro für Briefzusteller und 8,40 Euro für sonstige Tätigkeiten (West) 9,00 Euro für Briefzusteller und 8,00 Euro für sonstige Tätigkeiten (Ost)
Dachdeckerhandwerk	10,40 Euro
Elektrohandwerk	9,55 Euro West 8,05 Euro Ost
Gebäudereinigerhandwerk	8,15 Euro West 6,58 Euro Ost
Maler- und Lackiererhandwerk	ab 09/2009 voraussichtlich 9,50 Euro

Das bedeutet, dass rund 1,7 Millionen Beschäftigte unter den Schutz von Branchenmindestlöhnen fallen. Das ist gut für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Angesichts von 6,5 Millionen Menschen im Niedriglohnssektor reicht dies aber nicht aus.

Anfang 2009 haben CDU/CSU und SPD sechs weitere Branchen in das Arbeitnehmerentendengesetz aufgenommen. Dadurch besteht auch für sie

eine Chance auf einen Mindestlohn. Für fünf dieser Branchen haben die Tarifvertragsparteien einen Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlohn-Tarifverträgen gestellt. Aber auch in diesem Fall ist die Zahl der Betroffenen begrenzt: Profitieren würden nur weitere 360 000 Beschäftigte. Besser als nichts, aber zu wenig.

DIE LINKE kritisiert: Branchenmindestlöhne führen zu einem unübersichtlichen Flickenteppich von vielen verschiedenen Mindestlöhnen – mit vielen weißen Flecken.

Auch der zweite Weg zu Branchenmindestlöhnen wird das Problem nicht lösen. Für Branchen mit niedrigen Löhnen und geringer Tarifbindung soll ein Mindestlohn-Ausschuss nach dem Mindestarbeitsbedingungsgesetz die untersten Lohngrenzen festlegen. In diesen Ausschuss wurden nun aber auf Vorschlag von Arbeitsminister Scholz mehrheitlich Mindestlohn-Gegner berufen. So sitzen hier für die Bundesregierung der Vorsitzende des Sachverständigenrates Wolfgang Franz und der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi.

Wolfgang Franz sagt: „Ein Mindestlohn kostet nach aller Erfahrung Arbeitsplätze (...) Ich kann der Bundesregierung nur sehr dringend davon abraten, den Gedanken eines Mindestlohns weiterzuerfolgen.“ (Deutschlandfunk 2007). Klaus von Dohnanyi plädiert allenfalls für niedrige Mindestlöhne mit geringeren Sätzen in Ostdeutschland. Ob es mit diesem Ausschuss also weitere Mindestlöhne geben wird, ist mehr als fraglich. Und wenn doch, dürften sie ausgesprochen niedrig ausfallen.

**DIE LINKE fordert: Es ist Zeit für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild, der in der nächsten Wahlperiode auf zehn Euro steigt. Branchenmindestlöhne sind nur dann eine sinnvolle Ergänzung, wenn sie über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen.**

Redaktionsschluss: 28. August 2009